

**Lichtspiel-Theater**  
Von Montag bis Donnerstag:  
**Die Pflicht zu leben**  
Spannender Krimi  
film in 6 Akte.  
Anfang 6 Uhr  
und wird 2 mal durch  
gespielt.

# Löbener Tageblatt

(früher Löbener Kreiszeitung)

**Umtl. Publikationsorgan für Stadt u. Kreis Löben**

Nr. 60    11. März    1920

Zest. Nr. 244

Anzeigenpreis: die einseitige Zeile oder deren Raum 45 Hpf., Resten 1,25 Hpf.  
Ausnahme von Anzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Jedes Anrecht auf Abdruck geht verloren, sobald der Infertionsbogen durch gerichtliche Mitteilung beigegeben werden muß

## Die neue Besitzsteuer.

**Veranlagung des Vermögenszuwachs am 1. April 1923.**  
Der neue Besitzsteuergegendpunkt liegt fest der Nationalversammlung vor. Diese Besitzsteuer, die an die Stelle der zuzugewogenen Aufwandssteuer treten soll, ist von dem Vermögenszuwachs der natürlichen Personen erhoben.  
Steuerpflichtig ist der Zuwachs an dem gesamten Vermögen. Als solches gilt das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden. Das Vermögen umfasst sämtliche einschließlich des Zuteils (Grundvermögen) des Betriebes der Landwirtschaft, des Gewerbes oder eines Gewerbes dienende Vermögen (Betriebsvermögen), das gesamte sonstige Vermögen (Kapitalvermögen).  
Von dem Vermögen sind abzuziehen: die dringenden und persönlichen Schulden; der Wert des Vermögensgegenstandes, dessen Stammtitel, oder sonstigen gebundenen Vermögen ruhenden Leistungen; die zur Befriedigung der laufenden Ausgaben nicht geschäftlicher oder beruflicher Art für drei Mo-

berausgegeben hat, hat man im eigenen Lande schließlich nicht mehr unterzubringen vermocht. Die kleinen Reichsstände scheiterten im Grunde, weil sie ertritten daran. Wenn die das in einem Punkte anlegen können, für das die Entente durch ihre militärische Macht eine Art Garantie ausübt, dann wird das für leicht und schnell Interesse zu haben sein.

Bei dem französischen Widerstand handelt es sich offenbar nur um die Frage nach der Beilegung der Deute. Erst verlangt man den Verzicht auf den Bau, dann erst soll Deutschland die Hälfte bekommen können. Vom französischen Gesichtspunkt aus verständlich. Nur nicht gerade weltlich. Wenn Deutschland diese ungeheuren Kosten tragen soll, dann muß es dazu imstande sein. Man darf die große klaffende Wunde seines Wirtschaftskörpers nicht mit Gewalt offen halten, sonst verliert es schließlich ganz; und wo nichts mehr ist, da haben auch die Franzosen ihr Recht verloren!

Wir haben bisher den guten Willen gezeigt, den Vertrag ordnungsmäßig auszuführen. Grundsätzliche Vorbehalte dagegen können die Franzosen uns nicht nachweisen, und nur ihre Duldung, oder ihre geduldige Angst des Scheiterns, hat uns bisher erhalten.

Prinzen selbst, bestritten, so wird sich wohl kaum jemand finden, der das Verhalten des Prinzen irgendwelche entschuldigen wollte. Gerade von einem preussischen Prinzen erwartet man doch ganz besondere Zurückhaltung und feierliches gesellschaftliches Benehmen. Wer allerdings gesehen hat, wie aufdringlich herausfordernd gerade die Franzosen in Berlin, in den Abstammungsgeboten und im Rheinland, überhaupt überall in Deutschland, wenn sie mit Deutschen zusammen sind, sich zu benehmen pflegen, der wird nicht so leicht glauben, daß sie ohne Schuld an dem Zusammenstoß sind. Aus allen Meldungen geht hervor, daß der Streit im Hotel Adlon sehr heftig war, und daß fast alle deutschen Gäste in energischer Form gegen die Franzosen Stellung nahmen. Allein daraus läßt sich schon schließen, daß das doch ziemlich viel Hindernis angebracht haben muß, ehe es zur Explosion kam. Die amtliche Untersuchung wird hoffentlich baldigt Klarheit in die ganze Angelegenheit bringen.

Prinz Joachim Albrecht von Preußen ist 1876 als der zweite Sohn des verstorbenen Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten von Schaumburg, geboren. Er ist mit einer Schauspielerin Marie Sulzer morganatisch verheiratet und schied deswegen aus dem Heere aus.

ARCHIWUM  
PAŃSTWOWE  
WOLSZTYNIE

## Abstimmung in Masuren Ende Juli.

Berlin, 9. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung teilte Reichsminister Koch mit, daß nach seinen Informationen die Volksabstimmung in Masuren Ende Juli dieses Jahres stattfinden werde. Er stellt sie nicht nur als eine unbeschränkte Information, sondern als eine sichere Tatsache hin.

Wie wir von anderer Seite dazu erfahren, dürfte die Regierung dahin von den zuständigen Kommissionen unterrichtet worden sein, daß man die Abstimmung in der Tat möglichst früh ansetzen will, das heißt zu dem frühesten Termin, der nach dem Friedensvertrag möglich ist. Da der Frieden am 10. Januar in Kraft getreten ist, so würde der 10. Juli der frühest mögliche Termin sein. Reichsminister Koch wird also wohl recht haben, wenn er den Termin auf Ende Juli vorschlägt, da man mit einer geringen Verzögerung über den frühesten Termin hinaus doch wird rechnen müssen.

### Schwere Explosionskatastrophe.

Benrath, 9. März. (WB.) Gegen 8 Uhr morgens flog im rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk ein großer Heizkessel von circa tausend Quadratmetern Heizfläche in die Luft und begrub unter seinen Trümmern annähernd 90 Arbeiter. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf annähernd 50 geschätzt. Die Verwundeten wurden in die hiesigen Krankenhäuser gebracht. Da weitere Explosionen befürchtet werden, mußten alle anwesenden Personen die Unglücksstätte verlassen. Ueber die Entstehung der Explosion ist zurzeit noch nichts bekannt.

Der Kassationshof in Paris hat das Urteil gegen die Witwe der Familie Röschling, das vor dem Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückverwiesen.

Man habe dies früher nicht für möglich gehalten, da die Widerstände zu groß waren.

### Zeugenaussagen zu den Vorgängen im Hotel Adlon.

Berlin, 8. März. Heute vormittag meldeten sich, wie der „Vokalanzeiger“ schreibt, eine Reihe von Zeugen, die am Sonnabend im Hotel Adlon den bedauerlichen Vorgängen beigewohnt haben und eidlich versichern wollen, daß Prinz Joachim Albrecht keineswegs der Urheber der Ausschreitungen war. Baron von Bitterfeld, der mit seiner Gemahlin an einem Tische neben dem des Prinzen saß, erklärt: Den meisten Gästen war die Anwesenheit des Prinzen überhaupt unbekannt. Als das Deutschlandlied intoniert wurde, erhob sich der Prinz und fast alle Gäste des Speisesaales, nur die in der Mitte des Saales stehenden Franzosen behielten ihre Plätze. Das wirkte natürlich aufreizend. Baron von Bitterfeld sah gerade nach der hohen Gestalt des Prinzen hinüber, als von einem Tische aus entgegengelegter Richtung der Ruf „Aufstehen!“ erkante. Dann wiederholten mehrere Gäste den Ruf. Schließlich erhob er von verschiedenen Seiten. Auf diesen Ruf kam aus dem Nebensaal eine Anzahl Gäste und stieß gegen den Tisch der Franzosen vor. Der Prinz stand an seinem Tisch mit übereinandergekreuzten Armen und beteiligte sich nicht. Es ist möglich, daß er, von der allgemeinen Erregung mit fortgerissen, sein Mißfallen ebenfalls äußerte. Eine aggressive Beteiligung ist jedenfalls nicht beobachtet. Erwähnt sei noch, daß die Kellner des Hotel Adlon einen erheblichen Teil an der wachsenden Erregung beitrugen, indem sie fortwährend riefen: „Wir sind ein internationales Hotel!“ Der Grund zu den bedauerlichen Ausschreitungen läßt sich zweifellos in dem provozierenden Verhalten der Franzosen suchen. Diese fühlten sich, so sagt der „Vokalanzeiger“, in allen Hotels als die Sieger und benehmen sich direkt aufreizend. Im Gegensatz hierzu benehmen sich die in Berlin weilenden Engländer und Amerikaner sehr zuvorkommend. Diese achten unsere nationalen Gefühle und erheben sich fast ausnahmslos bei vaterländischen Kundgebungen von ihren Plätzen. So auch am Sonnabend im Hotel Adlon. Die gefährliche Darstellung des Vorfalls muß jeden Rechtbedenkenden empören.

daß nämlich Erzberger ein Ränder Mensch sei. Nach diesem dreifachen Sitzung auf Montag verurteilt werden, eventuell auch die We Das Urteil ist nicht vor

### Steueruntersuchung

Wie verlautet, sind die Steueruntersuchungen des Reichsfinanzministeriums im Hinblick auf die Steuererfolge nach dem letzten Prozeß geführt worden.

### Ein Notzschreiber

Eine in Eisenach gegen den gefallenen Beamten das ganze Reich anstrebt, die Öffentlichkeit, dessen Weg schließen kann. In einer Stellen heißt es u. a.:

Die Witwen der Beamten erhalten, entsprechend, nach den reichsweiten Teuerungszulagen in Höhe von 50 Proz. stehenden Summe. Wenn man von der Abgabeempfänger den meisten Fällen sich und erwachsene, schon der haben, daher nur dieser Grundgesetz ver

terbiete sind. Fast nur wenige Dienst entsprechend gering in Kinder gerade in den Ausgaben erfordern. Hinterbliebenenrente heutigen Verhältnisse sind Ansprüche, den unsere Männer haben was sie besaßen, ihre Vertrauen, daß im Vaterstelle an ihren empfinden es deshalb Ungerechtigkeit, daß der Summe, die anderen der Vater erhalten Es besteht die Gefa

ARCHIWUM  
PAŃSTWOWE  
WOLSZTYNIE